

**Antrag 303/II/2021****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Menschenrechte sind unteilbar – auch an der polnisch-belarussischen Grenze**

1 Das Völkerrecht, die EU-Grundrechtecharta und die Eu-  
2 ropäische Menschenrechtskonvention sind unverhandel-  
3 bare Bestandteile der EU-Grundrechte, zu denen sich  
4 auch Polen als Mitgliedsstaat der Europäischen Union be-  
5 kannt hat. Die derzeitigen Ereignisse an der belarussisch-  
6 polnischen Grenze geben uns Anlass zu allerernster Sorge.

7  
8 Daher setzen wir uns dafür ein die derzeitige humani-  
9 täre Katastrophe an der polnisch-belarussischen Grenzen  
10 mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu been-  
11 den. Dazu gehören bei einer weiteren Verweigerung Po-  
12 lens bei der Durchführung von rechtstaatlichen Asylver-  
13 fahren auch die Bereitstellung von Hilfen, um diese asyl-  
14 rechtlichen Verfahren notfalls in Deutschland durchzu-  
15 führen. Wir fordern die Bundesregierung daher auf vom  
16 Selbsteintrittsrecht nach Artikel 17 Dublinverordnung Ge-  
17 brauch zu machen und Geflüchtete aufzunehmen.

18  
19 Das Land Berlin wird sich an der Erstunterbringung betei-  
20 ligen. Der Berliner Senat wird in diesem Sinne als Teil des  
21 Netzwerks „Sichere Häfen“, eine Landesaufnahmeanord-  
22 nung erlassen.